

STATUTARISCHES FORUM

Erkundungsbericht zur Gebietsreform in Lettland

Entschließung 457 (2020)¹

1. Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas nimmt zur Kenntnis, dass:

a. Lettland am 10. Februar 1995 dem Europarat beigetreten ist. Es hat die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung (SEV Nr. 122, im Weiteren „Charta“) am 5. Dezember 1996 unterzeichnet und ratifiziert, und die Charta trat in Lettland am 1. April 1997 in Kraft; gemäß Artikel 12, Abs. 1, der Charta erklärte Lettland, es fühle sich nicht an Artikel 9, Abs. 8, der Charta gebunden;

b. Am 10. Oktober 2019 schickte der Vorsitzende des Gemeinde- und Regionalverbandes Lettlands (*Latvijas Pasvaldību Savienība*, im Weiteren „LPS“), Gints KAMINSKIS, eine Schreiben an den Kongress, in dem er sich über zahlreiche mutmaßliche Verletzungen der Charta in Zusammenhang mit der Vorbereitung und Umsetzung der Verwaltungsgebietsreform des Landes beschwerte, insbesondere über das Problem der fehlenden Anhörung. In dem Schreiben beschwerte sich der Verband des Weiteren über eine erhebliche Reduzierung der Haushaltshoheit der Gemeinden und die Gefahr gesetzlicher Änderungen, die vom Kongress als mit der Charta vereinbar erklärt wurden;

c. Nach der Entscheidung des Präsidiums des Kongresses, eine Erkundungsmission nach Lettland durchzuführen, um die Anschuldigungen des Verbandes zu prüfen, übertrug der Ausschuss für die Einhaltung der Verpflichtungen und Zusagen durch die Mitgliedstaaten zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung (Monitoring-Ausschuss) den Berichterstattern Xavier CADORET (Frankreich, L, SOC/G/DP) und Marc COOLS (Belgien, L, ILDG) die Aufgabe, diesen Besuch in der Republik Lettland durchzuführen;

d. Während der Erkundungsreise, die am 4. Dezember 2019 erfolgte, traf sich die Kongress-Delegation mit Vertretern verschiedener Institutionen aller Regierungsebenen. Das Programm dieses Besuches ist dem Begründungstext angehängt.

2. Der Kongress stellt fest, dass die lettischen Stellen eine weitreichende Verwaltungsgebietsreform planen, die eine massive Reduzierung der kommunalen Gebietskörperschaften einschließt und die gesetzlich verabschiedet werden soll. Das diesbezügliche Gesetz wurde zum Zeitpunkt des Besuches im *Saeima* debattiert.

3. Der Kongress verleiht seiner Sorge über die allgemeine Verschlechterung der Situation der kommunalen Demokratie in der Republik Lettland seit dem letzten Monitoring-Bericht Ausdruck, der 2018 vom Kongress angenommen wurde, insbesondere im Hinblick auf die fehlende ordnungsgemäße Anhörung, die Reduzierung der Finanzautonomie der kommunalen Gebietskörperschaften und die wiederholten Fälle von Eingriffen in das institutionelle Leben der Stadt Riga seitens der Zentralregierung.

4. Der Kongress, gedenk der obigen Ausführungen:

a. beschließt, die Fortschritte der Reform der kommunalen Selbstverwaltung in Lettland weiter eng zu verfolgen;

¹ Diskussion und Annahme durch das Statutarische Forum am 7. Dezember 2020 (siehe Dokument [CG-FORUM\(2020\)02-02](#), Begründungstext), Berichterstatter: Xavier CADORET, Frankreich (L, SOC/G/DP) und Marc COOLS, Belgien (L, ILDG).

b. erklärt, seinen politischen Dialog mit den lettischen nationalen Stellen auszuweiten, damit diese die in der Charta festgelegten Bestimmungen erfüllen, insbesondere bei der Umsetzung der Reform, um auf diese Weise die Situation der kommunalen und regionalen Demokratie in Lettland zu verbessern;

c. vereinbart, das Monitoring der Situation in Lettland, insbesondere die Bereiche der Nichteinhaltung der Charta, auf die Tagesordnung der Sitzungen seines Monitoring-Ausschusses zu setzen;

d. ruft sein Präsidium auf, die Möglichkeit zu prüfen, den lettischen Minister für Umweltschutz und regionale Entwicklung einzuladen, bei den anstehenden Tagungen des Kongresses zu sprechen und die von den lettischen Behörden geplanten Entwicklungen zu diskutieren.